

Rede zum Haushalt 2003/2004

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

These: Haushaltskonsolidierung trifft immer auf Wider- stand der Betroffenen

in dem vor wenigen Wochen erschienenen Buch „Haushaltskonsolidierung in Kommunen“ des Haushaltsexperten und Geschäftsführers des Städtetags Rheinland-Pfalz Prof. Schwarting bin ich über einen - wie ich finde - bemerkenswerten Absatz gestolpert. Schwarting schreibt dort: „Die Mehrzahl der Konsolidierungsvorschläge trifft (zudem) auf Widerstand von Betroffenen - sei es das eigene Personal, soweit es um personalwirtschaftliche Maßnahmen, sei es eine Interessengruppe, soweit es um die Schließung einer öffentlichen Einrichtung oder den Abbau von Leistungen geht. Die Durchsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen gegen diese - wenn auch oft partikularen - Interessen fällt umso schwerer, je weniger die Kommunalpolitik auf eine breite Mehrheit in der Kommunalvertretung zählen kann. Es dürfte nachzuvollziehen sein, dass die Verabschiedung eines kontroversen Haushaltssicherungskonzeptes mit knapper Mehrheit kurz vor einer Kommunalwahl oder der Direktwahl eines (Ober-) Bürgermeisters kaum zu erwarten ist.“

Die These hat sich bei den Haushalts- beratungen bestätigt

Auch wenn ich nicht mit allen Aussagen Schwartings konform gehe, enthält der von mir zitierte Absatz doch eine treffende Zustandsbeschreibung der auch von der Mehrheit dieses Hauses bei den Haushaltsberatungen für 2003 und 2004 verfolgten politischen Linie. Ja, meine Damen und Herren, ich stelle sogar die These auf, dass sich so gut wie alle bei den diesjährigen Haushaltsberatungen und in deren Vorfeld zu beobachtenden Entwicklungen und von der Mehrheit dieses Hauses getroffenen grundlegenden Entscheidungen aus den oben genannten Erfahrungssätzen ableiten lassen: Sei es die seit dem letzten Sommer spürbar deutlich enger gewordene Zusammenarbeit zwischen CDU und SPD, sei es die Aufstellung eines Zweijahreshaushalts, sei es die Entscheidung, überhaupt einen defizitären Haushalt mit Haushaltssicherungskonzept zu verabschieden und auch die Festsetzung der konkreten Höhe des Defizits oder sei es der Umgang mit den freiwilligen Leistungen, allen voran die Frage der Bezuschussung der Seniorentreffs.

**Ziel der FDP:
Geringstmögliche
Belastung für heute und
die Zukunft**

Wie ich dies auch in den vergangenen Jahren bereits deutlich zum Ausdruck gebracht habe: Zentrales Ziel der Haushaltspolitik der FDP-Kreistagsfraktion ist und bleibt die geringst mögliche finanzielle Belastung der Bürger heute und in der Zukunft. Letzteres ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, Ausgaben von heute zu Lasten zukünftiger Jahre zu finanzieren, halten wir Liberalen dagegen für unverantwortlich.

**HSK deckt Defizite nicht
ab**

Dementsprechend lehnt die FDP-Kreistagsfraktion das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept ab. Denn es ist völlig unzureichend und baut einzig und allein auf das Prinzip Hoffnung. Der Umfang der in ihm enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen reicht ja nicht einmal aus, um die im Finanzplanungszeitraum prognostizierten originären Defizite der Jahre ab 2005 aufzufangen, geschweige denn, auch die aktuellen der Jahre 2003 und 2004, die dann als Altfehlbeträge zum Ausgleich anstehen. Steigerungen der Kreisumlage werden, wie der geplante Anstieg 2005 um 12,6 Mio. € absolut bzw. des Hebesatzes um 2,7% und 2007 um noch einmal 12,2 Mio. € absolut bzw. des Hebesatzes um 2,4% zeigt, jeweils nur um etwa zwei Jahre verschoben. Dazu kommen als Unbekannte noch die ab 2005 zu erwartenden Steigerungen der Landschaftsumlage.

**Die aufgetürmten
Altlasten nehmen dem
neuen Kreistag jeglichen
Gestaltungsspielraum**

Nicht nur, dass Sie mit dieser Finanzpolitik, nur damit auch in den kreisangehörigen Städten bis 2004 von einschneidenden und unpopulären Sparmaßnahmen abgesehen werden kann, dem im nächsten Jahr neu zu wählenden Kreistag durch die von Ihnen aufgetürmten Altlasten, die während dessen Amtsperiode abzutragen sein werden, bereits heute jeglichen Gestaltungsspielraum genommen haben. Es ist auch die Befürchtung nicht ganz fernliegend, dass das Auflaufenlassen von Defiziten im Umlagehaushalt Kreis sowie die Entwicklung im Umlagehaushalt Landschaftsverband die Haushalte der kreisangehörigen Städte in ein paar Jahren, wenn die potentierte Defizite ausgeglichen werden müssen, sprengen wird und diese nicht einmal mehr einen genehmigungsfähigen Haushalt aufgestellt bekommen. Die Verantwortung für diese bedenkliche Entwicklung können Sie dann aber nicht mehr nur auf Bund und Land abschieben. Denn es ist hier und heute Ihre Entscheidung, in den kommenden zwei Jahren Defizite in Höhe von etwa 11,4 Mio. € auflaufen zu lassen.

**Ungelöste
Finanzprobleme sind
Wasser auf Mühlen der
Großstädte**

Wenn der Kreis und die Städte ihre Finanzen nicht in den Griff bekommen, ist dies zudem Wasser auf die Mühlen derjenigen in den Großstädten, die danach streben, ihren Einfluss in den Kreis auszudehnen. Mit dem Vorschlag eines Stadtumlandverbands durch den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf oder den Bestrebungen aus der Stadt Wuppertal bei der Neueinteilung der Landtagswahlkreise Herzstücke des Kreises herauszuschneiden und Wuppertal zuzuschlagen haben wir deutliche Belege für diese Bestrebungen. Auch wenn letzteres vorerst einmal abgewendet erscheint, die FDP-Kreistagsfraktion erteilt allen Begehlichkeiten in

Richtung einer Zerschlagung des Kreisgebietes zugunsten des Einflusses der den Kreis umgebenden Großstädte bereits in den Anfängen eine klare Absage. Dann müssen wir als erstes aber auch im Kreis selbst unsere Hausaufgaben machen, um nicht unnötig Angriffsfläche zu bieten. Im Bereich der Sparkassenlandschaft ist dies ja nach dem Sündenfall von Monheim eindrucksvoll gelungen. Richtungweisend war hier sicherlich die Vereinigung der Kreissparkasse mit der Stadtparkasse Heiligenhaus und die Bildung eines gemeinsamen Gewährträgerzweckverbandes des Kreises und der Stadt Heiligenhaus, wofür wir dem Landrat als Verhandlungsführer des Kreises unsere Anerkennung aussprechen. Aber auch der Zusammenschluss von Hilden, Ratingen und Velbert ist als kreisinterne Lösung akzeptabel.

Änderung der finanziellen Rahmenbedingungen ist kurzfristig nicht zu erwarten

Der Kreis muss darüber hinaus aber auch zu einer vorsorgenden Finanzpolitik zurückkehren. Da eine kurzfristige Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen durch Bund und Land nicht zu erwarten ist, ist es denn aber nur realistisch, dass die Kommunen auch mittelfristig mit den vorhandenen Einnahmen auskommen müssen. Dies zeigt bereits die an die Kommission der Bundesregierung zur Reform der Gemeindefinanzen gemachte Vorgabe, es zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu keinerlei Verschiebungen des Anteils am Steueraufkommen insgesamt kommen zu lassen. Und auch ein kurzfristiges Anspringen der Konjunktur ist mehr als fraglich. So stellte die Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf in ihrem im Februar unter dem Titel „Konjunktur verharrt im Tief“ veröffentlichten Konjunkturbericht zum Jahresbeginn 2003 fest, eine konjunkturelle Wende zum Besseren erscheine aus der Sicht der Unternehmen für das nächste Halbjahr so gut wie ausgeschlossen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass selbst bei einem sofortigen Anspringen der Konjunktur sich dies wegen der Vorverlagerung der jeweiligen Referenzperioden bei den Kreisfinanzen erst ab 2005 bemerkbar machen würde. Die Chancen, dass es innerhalb des Finanzplanungszeitraums zu einer merklichen Verbesserung der Einnahmen kommt, können daher nur als gering bezeichnet werden.

Doppelhaushalt führt zu Verlust der Steuerbarkeit der Kreisfinanzen

Durch die Verabschiedung eines Zweijahreshaushalts werden die finanziellen Probleme des Kreises aber noch weiterhin verschärft. Dieser führt nicht nur zu einem nicht zu rechtfertigenden Verlust an Steuerbarkeit der Kreisfinanzen durch die Politik, sondern macht auch eine seriöse Finanzplanung praktisch unmöglich. Da nicht absehbar ist, welchen Inhalt das Gemeindefinanzierungsgesetz 2004 haben wird und ebenso wenig, in welcher Höhe sich die Umlagegrundlagen der Referenzperiode für das Jahr 2004 bewegen werden, sind die entsprechenden Haushaltsansätze wohl am ehesten im Bereich der Spekulation anzusiedeln. Für die Entwicklung der Kreisfinanzen besteht dadurch ein geradezu unkalkulierbares Risiko, welches nach dem Willen des Landrats und der Mehrheit dieses Hauses dann auch noch alleine vom Kreis getragen werden soll.

**Haushaltsausgleich 2003
wäre möglich gewesen**

Dafür besteht jedoch ebenso wenig ein Grund wie für das geplante Auflaufenlassen von Defiziten. Denn aufgrund der zu verzeichnenden Veränderungen seit der Haushalts-einbringung wäre zumindest im Haushaltsjahr 2003 mit einigen weiteren Anstrengungen sogar ein ausgeglichener Haushalt möglich und auch geboten. Durch die Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen, die Minderausgaben bei der Landschaftsumlage aufgrund der neuen Umlagegrundlagen sowie des 2003 gegenüber dem Haushaltsentwurf des Landschaftsverbands um 0,4% geringeren Hebesatzes der Landschaftsumlage hätte das Defizit des Kreises trotz der Mehrausgaben im Personalbereich bereits auf einen Betrag von lediglich noch 1 Mio. € abgeschmolzen werden können. Und der Rest hätte durch weitere Ansatzreduzierungen oder jedenfalls im Laufe des Jahres durch sparsame Mittelbewirtschaftung herausgeholt werden können.

**CDU: Geht nicht, gibt's
doch!**

Meine Damen und Herren von der CDU, wir verkennen nicht, dass es bei Ihnen ernsthafte Bemühungen gibt, Einsparungen zu erzielen und bei denen Sie sich unserer Unterstützung vollkommen gewiss sein können, auch wenn manche Ihrer Initiativen doch zunächst darauf angelegt scheinen, der Öffentlichkeit die Handlungsfähigkeit der absoluten Mehrheitsfraktion zu demonstrieren. Denn während der Haushaltsberatungen hat sich gezeigt, dass - anders als von Ihrem plakativen Motto „Geht nicht, gibt's nicht.“ suggeriert - es bei Ihnen doch eine Menge gibt, was nicht geht. Zwar ist beispielsweise der gemäß Ihrem Antrag von der Verwaltung erstellte Prüfkatalog durchaus ein brauchbarer Ansatz. Umso weniger verständlich ist es dann allerdings, dass Sie selbst diesem Ansatz bereits von Anfang an wiederum den Biss nehmen, indem Sie den Vorschlag, für die großen Ausgabeblöcke des Haushalts Zielkennziffern zu bilden, nachdem die SPD signalisiert, dies nicht mitzutragen, direkt wieder fallen gelassen haben.

**Seniorentreffs sind
kommunale Aufgabe**

Und Sie sind auch in den Haushaltsberatungen ein paar Mal erst drei Schritte nach vorne und danach mindestens zweieinhalb wieder zurück gegangen. Wie bei den Seniorentreffs. Da sind Sie mit dem von uns bereits seit längerem geforderten Abgeben der Aufgabe über einen Zeitraum von fünf Jahren an die Städte vorgeprescht. Denn da die Seniorentreffs einen Einzugsbereich haben, der sich gewöhnlich gerade einmal auf einen Stadtteil beschränkt und über eine Stadtgrenze nicht hinaus geht, ist deren Förderung kommunale Aufgabe, nicht die des Kreises. Zudem können die Städte besser entscheiden, ob und in welcher Höhe die einzelnen Seniorentreffs, von denen viele nach einer vom Sozialausschuss erfolgten Abfrage erschreckend geringe Besucherzahlen haben, förderungswürdig sind. Davon wollte die CDU dann in der Sondersitzung des Sozialausschusses aber auf einmal nichts mehr wissen. Und in Folge dessen wurde der Zuschuss dann im Jahr 2003 auch nicht um die von der Verwaltung vorgeschlagenen 13%, sondern nur um 6,5% gekürzt. Da haben andere Bereiche der freiwilligen

Aufgaben bei einer Einsparungsvorgabe von 20% ganz andere Kürzungen hinnehmen müssen. Herr Carraro, zu diesem Ergebnis kann man Ihnen aus Ihrer Sicht wirklich nur gratulieren. Die CDU ist Ihnen nach unserer Einschätzung bei den diesjährigen Haushaltsberatungen ohnehin sehr weit entgegengekommen, aber Ihr Durchsetzen bei der Frage der Seniorentreffs war diesmal sicherlich Ihr größter Coup.

Grüne verfolgen nur noch die Erhaltung des Status quo

Den Grünen, Frau Göbelsmann, geht das ja alles immer noch nicht weit genug. Anders als in früheren Jahren haben Sie sich bei Ihren Anträgen nunmehr ausschließlich der Erhaltung des Status quo verschrieben. Besonders den in den letzten Jahren stets von Ihnen gestellten Antrag auf Reduzierung des Zuschusses für Regie- und Verwaltungskosten haben wir dieses Jahr allerdings sehr vermisst.

KAG Bergisch Land ist in Frage zu stellen

Andererseits ist anzuerkennen, dass sich dieses Mal auch die SPD mit teilweise wirklich sinnvollen Einsparungsvorschlägen zu Wort gemeldet hat. Insbesondere sind wir gerne bereit, darüber nachzudenken, inwieweit eine Mitarbeit des Kreises in der KAG Bergisch Land nicht verzichtbar ist. Denn was die KAG eigentlich leistet, außer gegen den Metrorapid zu polemisieren, bedarf sicherlich einer kritischen Überprüfung.

Sonderrücklage muss zukunftsgerichtet verwendet werden

Vielleicht, meine Damen und Herren, bietet die erneute Überarbeitung der Richtlinien über die Förderung der Seniorentreffs ja doch noch die Chance, wie von uns gefordert einen Teil der Zuschüsse an den Erfolg der jeweiligen Einrichtung anzuknüpfen, wie das bei den Leistungskontrakten Sozialpsychiatrie erfreulicherweise zu einem Sechstel gelungen ist. Die Diskussion um die Seniorentreffs hat allerdings, Herr Carraro, eine bislang kaum beachtete Position des Haushalts in den Blickpunkt gerückt, die Sonderrücklage Seniorenerholung. Fest steht, dass, da der bisherige Zweck weggefallen ist, die Sonderrücklage aufzulösen oder zumindest umzuwidmen sein wird. Dabei wird zu berücksichtigen sein, dass es in Zeiten von Defiziten und Haushaltssicherungskonzept wohl kaum in die Landschaft passt, ein mit über 1,2 Mio. € doch recht prall gefülltes Sparschwein für eine nicht mehr bestehende Aufgabe unangetastet zu lassen. Die FDP-Kreistagsfraktion wird dementsprechend darauf dringen, diese Mittel zukunftsgerichtet zu verwenden. Über die Art und Weise wird man sich im einzelnen sicherlich noch zu unterhalten haben, wobei wir Liberalen uns vorstellen könnten, jedenfalls einen Teil der Mittel zur Schuldenreduzierung zu nutzen und nicht als Notstopfen der Sozialpolitik, der zukünftig von der SPD wohl immer dann aus dem Hut gezaubert werden wird, wenn sie notwendige Kürzungen im Sozialbereich zu verhindern sucht.

Erzielte Einsparungen sind der Vorarbeit des Kreisdirektors zu verdanken

Denn, auch wenn im Bereich der freiwilligen Ausgaben eine Reduzierung um 16% zu verzeichnen ist, ist dies nicht den politischen Beratungen, sondern den Anstrengungen der Verwaltung im Vorfeld der Haushaltsberatungen zu verdanken. Herrn Kreisdirektor Husmann gebührt das

Verdienst, dieses Ergebnis in bestimmten nicht einfachen Verhandlungen im Konsens mit den Wohlfahrtsverbänden erzielt zu haben. Wenn der Landrat dann allerdings zu Beginn der Haushaltsberatungen im Kreisausschuss bereits auf die Bremse drückt und Einsparungen aufgrund der mit der Bezirksregierung wohl vorab abgeklärten Genehmigungsfähigkeit des Haushalts für nicht mehr notwendig hält, ist dies nicht nur ein absolutes Novum, sondern auch kontraproduktiv und stellt die Verhältnisse in Anbetracht der Defizite auf den Kopf.

Die Gleichung freiwillige Aufgaben gleich wichtige Aufgaben ist zu undifferenziert

Überhaupt ist die teilweise von der SPD übernommene, sich auch in der Haushaltsrede des Landrats wiederfindende Gleichung freiwillige Aufgaben gleich wichtige Aufgaben und Pflichtaufgaben gleich unwichtige, vom Staat übergestülpte Aufgaben zu undifferenziert und konsequent zu Ende gedacht geradezu absurd. Oder wollen Sie vielleicht, um im Bereich des größten Ausgabeblocks des Kreishaushalts, dem Sozialbereich zu bleiben, demnächst die Sozialhilfe kürzen um einen Eigenanteil bei den Seniorentreffs zu verhindern? Allerdings ist auch die FDP-Kreistagsfraktion der Auffassung, dass der Kreis nicht in jedem Bereich der Pflichtaufgaben Musterschüler sein muss. Beispielsweise können wir uns gut vorstellen, die Kontrolle von Ladenschlusszeiten und Dosenpfand auf das rechtlich gerade noch vertretbare Minimum zu reduzieren. Bei der Frage der Nichtausführung von Pflichtaufgaben ist allerdings eine in den bisher dazu erfolgten öffentlichen Stellungnahmen nicht wiederzufindende Differenzierung notwendig, die die Risiken sowohl für die Handelnden als auch den Bürger im Einzelfall genau abwägt.

Die hälftige Verteilung nicht nur des Defizits, sondern auch der Verbesserungen, wäre eine partnerschaftliche Lösung

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der angespannten Haushaltssituation der meisten Städte unseres Kreises sind wir durchaus bereit gewesen, den Städten auf halbem Wege entgegenzukommen und haben deshalb vorgeschlagen, an der dem Haushaltsentwurf zugrundeliegenden hälftigen Verteilung des Defizits festzuhalten, was dann aber auch eine ebensolche Aufteilung der nach der Haushaltseinbringung zu verzeichnenden Verbesserungen bedingt hätte. Dies hätte gegenüber dem von der Mehrheit des Hauses beschlossenen Hebesatz von einheitlich 39,0% immer noch zu einer Reduzierung der Defizite 2003 und 2004 um weitere 4.6 Mio. € auf 6,8 Mio. € geführt. Eine hälftige Verteilung nicht nur des Defizits, sondern auch der nach der Haushaltseinbringung zu verzeichnenden Verbesserungen würde auch dem entsprechen, was sich die FDP-Kreistagsfraktion unter einem partnerschaftlichen Miteinander von Kreis und kreisangehörigen Städten vorstellt. Denn eine Partnerschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass sich die Beteiligten Risiken teilen, nicht dadurch, dass einer Seite die Risiken insgesamt abgenommen werden. Die dem entgegenstehende vom Landrat in seiner Haushaltsrede vorgeschlagene Zuweisung von Risikobereichen an Kreis und kreisangehörige Städte wird ja offensichtlich nicht einmal von ihm selbst ernst genommen. Denn anders kann sein bereits im Januar

erfolgter Vorschlag, auch die Verbesserungen bei den Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Haushaltsentwurf an die Städte weiterzuleiten, wohl kaum interpretiert werden. Denn die Entwicklung bei den Schlüsselzuweisungen hatte er dem Bereich des Kreises zugerechnet. Herr Landrat, da es der Kreistag ist, der das letzte Wort zur Höhe der Kreisumlage hat, wäre es nicht angebracht, über die entsprechenden Fragestellungen wie beispielsweise die Verwendung von Verbesserungen gegenüber dem Haushaltsentwurf zuerst mit den Fraktionen dieses Hauses zu sprechen und erst danach mit den Bürgermeistern? Denn ansonsten können wir uns als Kreistagsfraktion des Eindrucks nicht erwehren, dass die Entscheidungen über die Finanzbeziehungen zwischen dem Kreis und seinen Städten von diesen und insbesondere von den Bürgermeistern ferngesteuert werden.

Einwendungen der Städte Velbert und Mettmann gegen die Kreisumlage substanzlos

Darauf deuten auch die abenteuerlichen Begründungen der Einwendungen der Städte Velbert und Mettmann gegen die Kreisumlage hin. Um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich ist es ein durch die Kreisordnung verbrieftes Recht einer jeden Stadt, Einwendungen gegen die geplante Höhe der Kreisumlage vorzubringen. Allerdings sollte sich doch auch schon bis zu den Städten Velbert und Mettmann herumgesprochen haben, dass die Kreisumlagefestsetzung durch den Kreistag erfolgt und dieser hierbei ein weites Ermessen hat. Eine Einwendung, die allein auf dem Vorbringen fußt, der Landrat habe auf einer Bürgermeisterkonferenz, die, da von der Kommunalverfassung nicht normiert, ohnehin nicht mehr als ein informelles Treffen ist, einen bestimmten Hebesatz zugesagt, ist unabhängig davon, dass es in diesem Fall bei den Vertretern der Städte Velbert und Mettmann wohl in erster Linie an der Fähigkeit zum Zuhören gefehlt hat, schlicht und ergreifend vollkommen unerheblich, da irgendwelche verbindlichen Zusagen zur Höhe der Kreisumlage vor dem entsprechenden Kreistagsbeschluss nicht getätigt werden können. Einer entsprechenden Klage, wie sie der Kämmerer der Stadt Velbert in dem Schreiben, mit dem er die Einwendungen geltend gemacht hat, vorsorglich angekündigt hat, sieht die FDP-Kreistagsfraktion daher mit äußerster Gelassenheit entgegen.

KVGM hat Belastungen erfolgreich abgewehrt

Meine Damen und Herren, angesichts der durch immer weitere Ausgliederungen wachsenden Bedeutung der Nebenhaushalte bedarf es auch deren kritischer Würdigung. Dabei kommen wir zu folgendem Fazit: Licht und Schatten fallen auf die Gesellschaften des Kreises. Die FDP-Kreistagsfraktion scheut sich nicht, besondere Leistungen hervorzuheben, andererseits aber auch genauso wenig Fehlentwicklungen deutlich aufzuzeigen. Eine herausragende Leistung des vergangenen Jahres war die Abwendung einer Pflicht zur Steuerzahlung in Höhe von 900 T€ bei der Kreisverkehrsgesellschaft. Für die umsichtige Art und Weise, in der das bewerkstelligt wurde, sei dem Team der Kreisverkehrsgesellschaft mit Herrn Herweg an der Spitze sowie dem Aufsichtsrat herzlich Dank gesagt. Bei einer

anderen Gesellschaft des Kreises dagegen wurde, als das Rechnungsprüfungsamt aufdeckte, dass dort etwas nicht so gelaufen war wie es hätte laufen sollen, dies von der Mehrheit dieses Hauses durch einen Beschluss, der ausdrücklich „unabhängig von einer rechtlichen Prüfung“ erfolgte, nachträglich sanktioniert. Über die FDP, die so etwas nicht mitmacht, war die Mehrheit des Hauses dann auch noch empört.

**ME-BIT führt nicht zu
Einsparungen, sondern
zu Haushaltskosmetik
und zur Ungleich-
behandlung der
Mitarbeiter der
Kreisverwaltung**

Das ist doch eine verkehrte Welt, meine Damen und Herren. Beschlüsse über Leistungen zu fassen, für die keinerlei Verpflichtung besteht, scheint ohnehin bei den Gesellschaften des Kreises in Mode zu kommen. So auch bei der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ME-BIT. Diese übernimmt vom Kreis die Zahlung von Ansprüchen aus Altersteilzeitverträgen für Mitarbeiter, die nie bei diesem Betrieb beschäftigt gewesen sind, wodurch ein Jahresverlust von immer noch rund 220 T€ eintritt, der auf zukünftige Rechnung vorgetragen wird. Meine Damen und Herren, ich weiß, dass manchem von Ihnen die kritische Haltung der FDP-Kreistagsfraktion zu ME-BIT ziemlich auf die Nerven fällt. Aber die Berechtigung unserer Kritik zeigt sich doch schon daran, dass wir sämtliche Vorbehalte, die wir gegen eine solche Ausgliederung vorgebracht haben, bereits in deren erstem Wirtschaftsjahr bestätigt sehen. Während ausweislich des Finanzplans von ME-BIT bis einschließlich 2006 gerade einmal etwa 1/57 der Umsätze bei den kreisangehörigen Städten und etwa 1/70 der Umsätze bei Dritten erzielt werden sollen, vergibt die CDU in der Presse bereits Vorschusslorbeeren und feiert Einsparungen, von denen niemand weiß, ob sie sich denn überhaupt realisieren lassen werden, geschweige denn in welcher Größenordnung. Andererseits werden bei ME-BIT für Repräsentation und Werbeaufwand durchaus keine zu vernachlässigenden Beträge in den Wirtschaftsplan eingestellt, die zur Gewinnung der kreisangehörigen Städte als Kunden notwendig sein sollen. Wenn die Kreisgemeinschaft funktionieren würde, müsste eine einfache Präsentation des ME-BIT in der geschätzten Bürgermeisterkonferenz doch eigentlich ausreichen. Aber das ist nicht alles: Mit ME-BIT wird Haushaltskosmetik betrieben, neben dem eigentlich dem Kreishaushalt zuzuordnenden Defizit des Wirtschaftsplans auch im Personalbereich. Während im Stellenplan des Kreises durchaus noch die eine oder andere Stelle abgebaut wird und Höhergruppierungen bzw. Beförderungen selten geworden sind, werden bei ME-BIT - bei gleichem Output wie bisher- drei neue Stellen eingerichtet und neun von 47 höhergruppiert bzw. befördert. Eine geradezu sensationelle „Einsparung“, meine Damen und Herren von der CDU. Da das nächste Unheil ja bereits aufzieht, falls auch das Gebäudemanagement in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung umgewandelt wird, kann man allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung - so sich eine solche Umwandlung nicht doch verhindern lässt - nur raten, frühzeitig dafür zu sorgen, dann jedenfalls mit an Bord zu sein. Dann ist der nächste Karrieresprung gesichert.

**Seit 1999 zu
verzeichnende
Aufschaukelung der
Stellenwerte macht
externe Überprüfung
notwendig**

Überhaupt gibt es zur Praxis der Stellenbewertung hier im Haus noch einige Anmerkungen zu machen. Während der Geltung des Haushaltssicherungskonzepts sollte nach unserer Auffassung auf turnusmäßige Stellenneubewertungen mit ihrem Beförderungsaufwandsfaktor generell verzichtet und Stellenneubewertungen nur noch dort vorgenommen werden, wo in Folge der Übernahme von zusätzlichen Aufgaben durch einen Stelleninhaber eine andere Stelle wegfällt. Die Stellenbewertung als ausschließlich verwaltungsinterner Vorgang ist allerdings praktisch jeder Kontrolle entzogen ist und es liegen hinreichende Indizien dafür vor, dass es seit 1999 zu einem Aufschaukeln der Stellenwerte und der Besoldung gekommen ist. Als Beispiel will ich mich auf die Vermehrung der mit A 16 bezahlten Mitarbeiter beschränken. Während zum 01.02.2000 nur ein Mitarbeiter der Kreisverwaltung A 16 bekam, werden dies am Ende der Amtsperiode des Kreistags bereits 8 sein, wohingegen die Zahl der Ämter unter Einrechnung der Neugründung ME-BIT lediglich um 2 verringert wurde. In Anbetracht der Haushaltsentwicklung mit ihren Konsolidierungserfordernissen schon merkwürdig, was deutlich macht, wie sehr die Zügel in diesem Bereich von der Verwaltungsspitze gelockert worden sind. Die FDP-Kreistagsfraktion fordert deshalb, die beim Kreis vergebenen Stellenwerte durch einen unabhängigen externen Sachverständigen, beispielsweise von der KGSt, der Bertelsmann-Stiftung, Kienbaum oder einem Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaften auf ihre Angemessenheit überprüfen zu lassen.

**AKM verfolgt nur noch
Eigeninteressen, nicht
die der Bürger des
Kreises**

Doch zurück zu den Gesellschaften des Kreises. Die derzeit gravierendsten Fehlentwicklungen sind allerdings wohl bei der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Mettmann zu beobachten. Deren verzweifelte Versuche, sich auf Dauer irgendein Betätigungsfeld und damit eine Existenzberechtigung zu sichern, sowie die Art und Weise, wie die AKM dieses Ziel verfolgt, lassen an der Seriosität dieser Gesellschaft erhebliche Zweifel aufkommen. Die Erfahrungen aus der Diskussion beim Thema Mechanisch-Biologische Abfallbeseitigungsanlage haben gezeigt, dass eine ungeprüfte Übernahme von seitens der AKM gemachten Angaben wohl von vornherein nicht mehr in Frage kommt. Mittlerweile ist die AKM anscheinend allerdings zu einer neuen Taktik übergegangen. Die Aufstellung einer uns von der Verwaltung seit dem Hearing zur Abfallwirtschaft mehrmals - ausweislich des Protokolls zuletzt noch in der Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung vom Dezember letzten Jahres - zugesagten Vergleichsberechnung der Kosten einer vorübergehenden Stilllegung der Deponie Immigrath und einer endgültigen Stilllegung nach der Zwickelverfüllung, und zwar bezogen auf den gesamten relevanten Zeitraum einschließlich Rekultivierung und Nachsorgekosten, scheitert nach Aussage der Verwaltung daran, dass die AKM nicht bereit ist, die entsprechenden Zahlen offen zu legen, da die Gesellschaft in der endgültigen Stilllegung nach einer Zwickelverfüllung für sich anscheinend keine Perspektive

sieht. Inwieweit die AKM überhaupt noch eine Existenzberechtigung hat, ist allerdings ohnehin mehr als zweifelhaft. Die Entwicklungen der letzten Zeit, insbesondere die geradezu penetrante Art und Weise des Versuchs der AKM die politischen Gremien des Kreises zu einer Entscheidung für die Errichtung einer MBA zu bringen, von der außer der AKM selbst und ihrem privaten Mehrheitsgesellschafter wohl kaum jemand, insbesondere nicht die Bürger unseres Kreises, profitiert hätte, sowie die Hinhaltenaktik auf Seiten der AKM, mit der die Entscheidung über die Zukunft der Deponie Immigrath in eine ihr genehme Richtung gelenkt werden soll, lassen nichts anderes als die Schlussfolgerung zu, dass sich die AKM dermaßen verselbständigt hat, dass sie nur noch Eigeninteressen verfolgt und die Interessen des Kreises und seiner Bürger völlig aus den Augen verloren hat. Offensichtlich ist der Einfluss des Kreises in der AKM trotz des Stellens eines von zwei Geschäftsführern und der Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrats nicht ausreichend, um dafür zu sorgen, dass sich die AKM in erster Linie an den Interessen des Kreises Mettmann und seiner Bürger orientiert. Daher bedarf es im Bereich der Abfallwirtschaft des Kreises struktureller Änderungen, die dieses wieder sicherstellen. Und zwar unabhängig davon, ob die Deponie Immigrath nun vorübergehend oder endgültig geschlossen oder weiterbetrieben wird.

Kreismischgebühr wird dauersubventioniert

Zudem wird vorrangig eine Beteiligung des Kreises Mettmann an dem kommunalen Abfallverband EKOCity zu prüfen sein. Auch die Entwicklung bei den brennbaren Abfällen zeigt die Notwendigkeit zum Handeln. Denn die Kreismischgebühr wird in den Jahren 2003 und 2004 ebenso wie im Jahr 2002 nicht kostendeckend erhoben, sondern durch erhebliche Entnahmen aus der Sonderrücklage gestützt. Die Möglichkeiten zu Rücklageentnahmen sind aber begrenzt, denn die Sonderrücklage wird Ende 2004 nahezu aufgebraucht sein. Eine solche Unterdeckung eines Gebührenhaushalts kann schon mal vorkommen, ist über einen Zeitraum von drei Jahren aber nicht tragbar, da dies auf eine Dauersubvention hinausläuft. Da die Unterdeckung in diesem Bereich zunächst auf ein geringeres Gebührenaufkommen zurückzuführen ist, ist es notwendig, hier kurzfristig zu einer Senkung der Ausgaben zu gelangen und diese den Einnahmen anzupassen. Die FDP-Kreistagsfraktion fordert die Verwaltung auf, hier in diesem Sinne frühzeitig tätig zu werden, um 2005 wieder zu einer Kostendeckung zu gelangen. Ein Einsatz von allgemeinen Haushaltsmitteln im Jahr 2005 wäre jedenfalls nicht zu rechtfertigen.

**Meine Damen und Herren,
den Einzelplänen des Haushalts haben wir zugestimmt. Das
Haushaltssicherungskonzept lehnen wir ab, weil es mit seinen Defiziten zu
einer unerträglichen Belastung der Zukunft führt. Zum Haushaltsjahr 2004 lässt
sich zum heutigen Zeitpunkt keine abschließende Aussage treffen. Folgerichtig
wird sich die FDP-Kreistagsfraktion daher diesmal bei Haushalt enthalten**

Für Ihren Einsatz im Kreis Mettmann danke ich allen
Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung.

**Kreispolitik muss sich
auf vorsorgende
Finanzpolitik
zurückbesinnen**

Um noch einmal auf das eingangs zitierte Buch von
Schwartz zurückzukommen: Dieses schließt mit folgendem
Appell: „Am Ende allerdings bleibt die Feststellung: Die beste
Konsolidierungspolitik ist jene, die erst gar nicht ergriffen
werden muss. Deshalb gilt es für alle Kommunen, rechtzeitig
Vorsorge zu treffen und Risiken realistisch einzuschätzen.
Dies ist - da damit auch eine Zurückhaltung bei
Leistungsversprechen verknüpft ist - eine der größten
Herausforderungen der Kommunalpolitik“.

Dem gibt es nichts hinzuzufügen. Es bleibt die Hoffnung, dass
sich nach der Kommunalwahl auch die Politik des Kreises
wieder darauf zurückbesinnt und dann auch von uns wieder
insgesamt mitgetragen werden kann.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.